

## Pressekonferenz

**Barbara Ingenkamp**, Vorsitzende des Sozialausschusses und Leiterin der Projektgruppe Integration

**Bärbel Richter**, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

**Ernesto Harder**, Sprecher für Internationales und zukünftiger jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Ausgehend vom Bericht der Verwaltung zum Sachstand und zur weiteren Entwicklung der Integrationsarbeit in Bonn kommt die Projektgruppe zu dem Ergebnis, dass folgende Punkte bei einer erfolgreichen gesamtstädtischen Integrationsarbeit Beachtung finden sollten.

### **I. Organisation und Zuständigkeit für Integrationsmaßnahmen**

- Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Sie sollte im Vorstandsreferat angesiedelt werden. Wir werden die Oberbürgermeisterin bei einem entsprechenden Vorhaben unterstützen.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen und daher auch eine Querschnittsaufgabe für alle Fachbereiche.
- Eine kommunale Steuerung aller Integrationsmaßnahmen ist unerlässlich. Integration darf nicht dem Zufall überlassen werden

### **II. Aufgaben und Ziele kommunaler Integrationsarbeit**

Die gesellschaftliche Integration aller Zugewanderten in der Stadt Bonn wird weitgehend davon anhängig sein, inwieweit wir in der Lage sind, die beiden wichtigsten Aufgaben zu lösen:

- Abbau von Integrationshemmnissen
- Herstellen von sozialer Chancengleichheit für alle.

Daraus folgen die Kernpunkte von Integrationsmaßnahmen:

- Sprachvermittlung
- vor- und schulische Integration
- berufliche Integration.

Nur ausreichende Sprachkenntnisse, Schulabschlüsse, Berufsausbildung geben vor allem jungen Menschen Perspektiven und Chancen für eine positive und selbständige Lebensgestaltung in einer fremden Gesellschaft, die auch ihre werden soll.

Weitere Eckpunkte sind:

- individuelle Hilfe, die das Einleben erleichtert
- eine Gemeinwesenarbeit, welche die Integrationsmaßnahmen positiv unterstützt und das Zusammenwachsen von Menschen aus den verschiedensten Kulturen mit unserer Gesellschaft fördert.

### **III. Grundsätze für Integrationsmaßnahmen**

- Integration orientiert sich am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
- Integration verlangt keine Assimilation und nicht die Aufgabe der eigenen Identität
- Integration duldet aber auch keine Parallelgesellschaften
- Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit ausländischer Herkunft haben keinen Platz in der Kommune
- Integration betont die Potentiale nicht die Defizite der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung  
Zweisprachigkeit und multikultureller Hintergrund sind Chancen für das internationale Bonn. Die besonderen Fähigkeiten und Ideen der Zugewanderten gilt es zu nutzen.

- Integration bedeutet Fördern und Fordern  
Die Zugewanderten müssen dabei selbst eine aktive Rolle übernehmen, alle sind dazu aufgefordert, nicht nur Migrantenorganisationen, Vereine oder Migrantenselbsthilfeeinrichtungen
- Integrationspolitik wird für alle Zugewanderten, Neuzuwanderer und schon länger hier lebende Migranten, gemacht.
- Nachholende Integration ist genauso wichtig wie Integrationsmaßnahmen für Neuzuwanderer.
- Ebenso wird eine inhaltliche oder ideologische Trennung in Aussiedler und Migranten als hinderlich für eine Integration gesehen werden. Allerdings müssen die Konzepte Zielgruppen orientiert ausgerichtet werden.

#### **IV. Vordringlicher Handlungsbedarf**

- Förderung des Spracherwerbs der Migrantinnen und Migranten
- Flächendeckende Förderung im vorschulischen und schulischen Bereich,
- Förderung der beruflichen Bildung
- Förderung von Integrationsmaßnahmen in Stadtvierteln mit vordringlichem Handlungsbedarf
- Bildung von Familienzentren an Kindertagestätten oder Offenen Ganztagsgrundschulen, die notwendige Integrationsmaßnahmen für Familien insbesondere Mütter und ihre Kinder anbieten (Bereiche Sprache, Gesundheit, Ernährung, praktisches Wissen, individuelle soziale Hilfe))
- Konzepte für die nachholende Integration der immer älter werdender Zuwanderer

#### **V. Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten**

- mit dem Ziel, alle Zugewanderten in der Regelversorgung zu berücksichtigen

#### **VI. Referat für Multikulturelles**

Hier schlagen wir vor, die Konzeption des Referates zu überprüfen:

- wie ist die Relation von Kosten und Nutzen,
- wie effektiv arbeitet das Referat,
- welche Aufgaben sind nötig
- welche Funktion soll es erfüllen,
- Funktion von Migranten und seinen Arbeitskreisen

#### **VII. Verfahrensvorschlag für weiteres politisches Handeln**

1. In den einzelnen Fachbereichen ist zunächst eine Defizitanalyse durchzuführen, um festzustellen, wo schnell bzw. mittelfristig gehandelt werden muss.
2. Prioritäten für Maßnahmen sind festzusetzen.
3. Daraus sind politische Vorgaben für Verwaltungshandeln zu erarbeiten.
4. Bei der Finanzierung der Maßnahmen, ist zu prüfen, inwieweit Ehrenamt, Stiftungen, europäische oder andere Fördermittel eingesetzt werden können.

---

Zur weiteren und näheren Information stehen von der Projektgruppe ausgearbeitete Einzelpapiere zur Verfügung:

- Sprache und Integration
- Kultur
- Wohnsituation
- Berufliche Ausbildung für Jugendliche
- Beispiele erfolgreicher Integrationsarbeit

---

**Barbara Ingenkamp**, Tel.: 328866, e-mail: [b.ingenkamp@freenet.de](mailto:b.ingenkamp@freenet.de)

**Bärbel Richter**, Tel.: 883228 (d), [barbara.richter@fes.de](mailto:barbara.richter@fes.de)

**Ernesto Harder**, Tel. mobil: 0179/6643757, e-mail: [Ernesto.Harder@fes.de](mailto:Ernesto.Harder@fes.de)